

Thüringer Landtag - 5. Wahlperiode - 43. Sitzung - 27.01.2011

Redeauszug

Abgeordnete Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Regierungserklärung der Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit "Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit"

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Ministerin, ich möchte Ihnen als Erstes herzlich danken für diese Regierungserklärung, für einen Schritt hin zu einem weltoffeneren und demokratischeren, toleranteren Thüringen. Ich glaube, dass Sie an vielen Stellen die richtigen Worte gefunden haben, die auch das gesamte Plenum mittragen kann, werde aber nichtsdestotrotz auch Punkte hervorheben, die aus unserer Sicht sowohl im Programm als auch in der Erklärung haben vermissen lassen. Ich will an diesem besonderen Tag, an diesem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus auch sagen, dass ich der festen Überzeugung bin, dass manche Redner und Rednerinnen heute hier sehr wohl den richtigen Ton gefunden haben, andere nicht, aber auch das muss Demokratie aushalten, ertragen - so tragfähig ist unsere Demokratie.

Es ist ein vollkommen richtiger Satz: Die Gefährdung der demokratischen Kultur geht in Thüringen vorrangig vom Rechtsextremismus aus. Das ist eine Tatsache. Wir haben heute viele Zahlen gehört, die das belegen und Sie brauchen doch eigentlich nur in Ihre Kalender zu schauen. Was ist denn in dieser Woche Sonntag?

Da findet auf dem Brocken eine große Demonstration statt: "Denn der Harz ist bunt und nicht braun." Und was ist denn am 19. Februar? Eine große Demonstration gegen den geplanten Naziaufmarsch dort. Sie sehen, dass es jeden Tag aufs Neue Handlungsmöglichkeiten geben muss, auch für uns Demokraten, da aufrecht zu stehen und zu zeigen - kein Fuß breit für Antidemokraten in diesem Land und nirgends.

Die gute Nachricht ist, dass Thüringen nun als letztes Bundesland ein Landesprogramm für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit bekommt. Ein Landesprogramm gegen Rechts war gefordert worden. Das Schlechte ist aber, dass es qualitativ keines ist, mit dem wir wirklich einen Quantensprung machen. Wenn wir im Bundesvergleich uns einordnen, werden wir mit dem, was wir heute hier gehört und vorgelegt bekommen haben, ganz sicher nicht in die vorderen Ränge katapultiert werden. Das Programm ist schlicht ausbaufähig.

Was gut begann, wurde weniger gut weitergeführt. Dieses hohe Haus hat im September 2009 in einer seiner ersten Sitzungen den denkwürdigen Schluss gefasst - und ich war damals sehr beeindruckt von der Breite, mit der dieser Beschluss getragen wurde - für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen.

Darin hat sich das Plenum bekannt, unter anderem entschlossen gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vorzugehen. Das hat die ausschließliche Mehrheit - mit wenigen Enthaltungen - hier mitgetragen. Deswegen ist es auch gut, dass dieses Landesprogramm entwickelt wurde. Das Brandenburger Landesprogramm, was auch noch nicht so alt ist, trägt aber sehr bewusst den Titel "Landesprogramm der Landesregierung". Diesen trägt unseres nicht und Frau Renner hat das völlig richtig einige Thüringer ordnet. Streng genommen liegt uns ein langes Programm der Landesregierung vor und nicht diese Breite, wie wir sie hier im September unter dieser Erklärung gefunden haben. Konsequenter wäre gewesen, den Beschluss dann auch allen Fraktionen weiter zu ermöglichen.

Ich will einen zweiten Satz aus dieser Erklärung zitieren, weil sie sehr, sehr gute Rahmenbedingungen gesetzt hat. Darin steht: "Das entschlossene Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt, gegenwärtig vor allem gegen den Rechtsextremismus, ist nicht allein Aufgabe des Staates. Die Auseinandersetzung muss mitten in der Gesellschaft geführt werden." Das sind starke Worte - gerade heute an diesem denkwürdigen Tag. Es sind starke Worte, die auch von demokratischer Achtsamkeit zeugen und die auch zeigen, dass sich keiner weg duckt, sondern Verantwortung übernommen werden soll, wir alle Verantwortung übernehmen wollen. Ihre Idee, Frau Ministerin, die verschiedenen Akteure nun alle mit ins Boot zu holen, um ein allgemein akzeptiertes Konzept zu erarbeiten, war der völlig richtige Weg. Das Ansinnen war richtig, aber wer im Sommer die Schlagzeilen verfolgt hat zur Erarbeitung des Programms und sich mit denjenigen unterhalten hat, die daran mitwirken wollten und mitgewirkt haben, hat schnell erkannt, der Weg ist ein anderer gewesen als der, der ursprünglich skizziert war. Zu hören und zu lesen war, das Programm sei weichgespült - ein Bericht aus dem August in der Zeitung - und dass die Arbeit am Landesprogramm nur schleppend vorangeht. Deswegen zwei Thesen zu Beginn. Meine erste These zum Landesprogramm ist, dass es in dieser Form, wie es jetzt steht, nicht tragen kann und auch nicht tragen wird, weil Sie viele zentrale Akteure auf dem Weg bis zum Schluss nicht mitgenommen haben, um es überspitzt zu sagen, zum Teil haben Sie den Saalleergefegt, weil Sie diejenigen, die vor Ort gegen Rechts arbeiten, nicht im Saal geblieben sind und weil sie diejenigen, die eigentlich ermutigt und nicht entmutigt werden müssen weiterzuarbeiten, nicht bis zum Schluss im Saal gelassen haben. Die Alibiregionalkonferenzen am Schluss, das ist allen sichtbar geworden, konnten diesen Prozess auch nicht mehr retten.

Damit ist in der Erarbeitung des Programms eine Chance verpasst worden, den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort unter die Arme zu greifen und ihnen Mut zuzusprechen. Und warum ist das passiert?

Zweite These, ganz klarer Grund: weil die Debatte nicht streng fokussiert war. Dass sie nicht fokussiert sein konnte, hat man heute an den Ausführungen der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion gehört, die nicht nur qualitativ, sondern auch an vielen anderen Stellen so unterschiedlich waren, dass da zwei unterschiedliche Sichten aufeinanderprallten, die man nicht ohne Weiteres zusammenbringen konnte.

Dieses stetige Koalitionspingpong hat an dieser Stelle auch dafür gesorgt, dass das Landesprogramm die nötige Qualität leider bislang vermissen lässt. Sie haben ja gezeigt, dass Sie es können, die SPD hat gezeigt, was sie will, indem sie vorgearbeitet hat in der letzten Legislatur. Wenn man die Programme nebeneinanderlegt, das ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ ein deutliches Signal, was ginge, wenn man nur wollte, Da ist Luft nach oben.

Das Ergebnis ist nun ein Landesprogramm light und ich versichere Ihnen, dass nicht nur wir als Opposition, sondern auch sehr viele Akteure, lokale Bündnisse, Netzwerker, die gegen Rechts, gegen Extremismus unterwegs sind, darüber enttäuscht sind und dass dieser Enttäuschung auch an vielen Stellen Ausdruck verliehen wurde, dass es aber auch nicht zu spät ist, diejenigen wieder zurück ins Boot zu holen, wenn man an bestimmten Punkten gemeinsam weiter arbeitet, z.B, bei der Frage der Richtlinien des Programms usw. Ich habe aber in den Zwischentönen der Regierungserklärung heute auch den Willen dazu gehört, diejenigen wieder einzufangen, die während des Prozesses nicht mehr mitarbeiten wollten und konnten, weil er nicht dementsprechend moderiert und gestaltet worden war.

Jetzt ziehen wir mal Bilanz, was unter dem Strich bleibt. Die Finanzierung bleibt in etwa gleich. Die Vernetzung der lokalen Akteure ist weiterhin ausbaufähig und die Strukturen ändern sich nicht wirklich. Das heißt, dass Sie auf dieses Landesprogramm dringend aufsatteln müssen, dass Sie den Schulterschluss der Demokraten mit denjenigen, die bereit sind, mitmachen zu wollen, auch dringend angehen müssen. Wir alle hier haben uns gefreut, waren froh darüber, dass fünf demokratische Parteien in dieses Haus eingezogen sind.

Wir waren erleichtert; es muss uns aber auch allen klar sein, dass anders als im Nachbarbundesland Sachsen die NPD eben zwar dort im Landtag sitzt, bei uns aber in den Kommunen bereits sich Sitze erobert hat. Das ist Warnung genug, sich nicht darauf

auszuruhen, jetzt ein Landesprogramm zu haben und nicht weiter daran zu arbeiten mit denjenigen, die bereit sind, das auch zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine offene und freiheitliche Gesellschaft entsteht nur da, wo sich aktive Bürgerinnen und Bürger tatkräftig und mit Zivilcourage einmischen. Unser Auftrag, der Auftrag der Politik ist es, diese Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen, denn viele Tausend tun dies in Thüringen übrigens ehrenamtlich in großen Teilen in Vereinen, Verbänden, Initiativen, in Kirchen, in karitativen Einrichtungen und sie erwarten die Unterstützung von uns. Das muss gelingen; das gelingt uns mit einer guten Vernetzung der Akteure und mit einem klaren Bekenntnis für eine starke und lebendige Demokratie. Jeder und jede, der in den vergangenen Jahren bei den friedlichen Demonstrationen gegen Rechts in Pößneck, in Jena, in Altenburg, in Erfurt oder Dresden dabei war, weiß, wie lebendig diese Demokratie ist. Ich will an dieser Stelle ausdrücklich danken sowohl den Medien, der Berichterstattung, die unterstützt haben aufzurufen, an den jeweiligen Protesten teilzunehmen.

Ich will genauso danken der Polizei, für die jeder Einsatz eine Nagelprobe ist und wo ich oft den Eindruck hatte, der eine oder andere Polizist würde lieber mitdemonstrieren, als zwischen den Fronten zu stehen. Unsere Zielsetzungen sind die Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensentwürfen und Lebenslagen zu steigern, das demokratisch politische Bewusstsein zu stärken und Opfern rechtsextremistischer Gewalt Unterstützung zukommen zu lassen. Da gehört genauso dazu. Multiplikatoren weiter auszubilden und alles dafür zu tun, Fremdenfeindlichkeit abzubauen. Sie haben an einigen Stellen in den Bereichen Prävention und Repression diese Ziele auch aufgegriffen. Aber was wir auch wollen, ist, ein tolerantes und attraktives Thüringen, in das Menschen aus aller Herren Länder gern kommen möchten, sich hier respektiert und aufgehoben fühlen.

Dazu habe ich sehr wenig in diesem Programm lesen können. Was wir also auch hier brauchen, ist eine weiterführende Debatte, wie Thüringen - das steht auch nicht im Leitbild - aussehen will und darf, wie offen wir für kulturelle Einflüsse aus anderen Ecken und Enden der Welt tatsächlich sein wollen und wie wir dafür sorgen wollen, dass noch mehr Menschen gern hier bei uns leben wollen und diese Gesellschaft bereichern.

Es geht eben nicht nur darum, sich - wenn wir über das Landesprogramm reden - dazu auszulassen und zu sehen, wo dumpfe, braune Schläger unterwegs sind, wie wir intolerante Einstellungen an Stammtischen finden oder wie wir Rassismus auf dem Fußballfeld aufdecken. Es geht auch darum, klar zu erkennen, dass Akzeptanz und Toleranz auch

gelebt werden muss. Das geht nur miteinander und nicht, indem man nur übereinander redet. Dazu hätte dieses Landesprogramm Antworten bieten müssen, wie werden wir kulturell noch aufgeschlossener. Auch das ist ein Punkt, in dem ich eine Weiterentwicklung einfordere, eine Weiterentwicklung, die dieses Land dringend braucht, die diesem Land auch gut zu Gesicht steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Bundesprogramm "Toleranz fördern - Kompetenz stärken" macht von sich reden. Dazu gibt es auch den Antrag. Danach sollen künftig die Träger von Projekten gegen Rechtsextremismus oder Rassismus die sogenannte Extremismus-Klausel unterzeichnen. Damit wird man mithin unter Generalverdacht gestellt. Ich bin der Ministerin außerordentlich dankbar, dass sie ganz klare Worte gefunden hat, sie hat es - das kann man gar nicht besser auf den Punkt bringen - als Gesinnungsschnüffelei bezeichnet. Ich sage ganz klar für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir lehnen diese Extremismusklausel fürderhin ab. Es ist auch richtig, sich dagegen auszusprechen.

Da gibt es ganz klar auch juristische Bedenken; Professor Dr. Ulrich Battis von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität hat verfassungsrechtliche Bedenken. Für viele Projekte stellt sich mithin die Existenzfrage an dieser Stelle. Deswegen ganz klar Nein zu dieser Klausel und ganz klar Ja zum Bekenntnis der Sozialministerin, sich entsprechend zu verhalten. Ich bin übrigens sehr gespannt, wie Herr Metz sich entscheidet. Mal sehen, ob wir das erfahren im Nachhinein. Ich komme zum Schluss und zu den Forderungen und Hervorhebungen, die für uns entscheidend sind. Erster Punkt: Ich glaube, dieses Landesprogramm kann dann auf gute Füße gestellt werden, wenn Sie mit Nachdruck deutlich machen, dass es ein Anfang ist. Ein Anfang, ein Bekenntnis, dass es Bemühungen gibt für ein starkes und tolerantes Thüringen, gemeinsam mit allen Akteuren, die daran arbeiten, weiterzuarbeiten. Die Regierungserklärung und auch das Programm können nur ein Anfang sein. Sie haben - ich möchte das auch noch einmal unterstützen - all jenen, die ehrenamtlich und hauptamtlich tätig sind im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus, gedankt. Das muss an dieser Stelle gesagt werden. Dafür ist auch heute und hier ein guter Tag. Aber lassen Sie es bitte nicht dabei bleiben, sondern arbeiten Sie das Programm aus, entwickeln Sie das Landesprogramm weiter zu einem echten Handlungskonzept und nicht zu einem Papiertiger.

Zweiter Punkt: Wir brauchen - Sie haben einige Punkte ausgeführt - eine echte Bildungsoffensive. Da habe ich sehr, sehr viele gute Dinge gelesen in dem Ursprungsentwurf von SDP und DIE LINKE. Sie wissen, dass wir im vorpolitischen Raum ansetzen müssen. Wenn sich Einstellungen einmal verfestigt haben, ist es ganz, ganz schwierig, da

entsprechend dafür zu sorgen, soziale Anerkennung und Demokratiebildung fortzuführen und auf gesunde Füße zu stellen. Eine Bildungsoffensive heißt, dass man es konkret macht, dass man konkret sich Programme überlegt, die übrigens nachhaltig gestaltet sind und nicht nach einem Jahr wieder eingestampft werden, um hier vorzubeugen.

Dritter Punkt: Die Zivilgesellschaft zu stärken, heißt auch, nachhaltige Programme aufzulegen und loszulösen von der Finanzsituation einzelner Kommunen. Ich erinnere an das Fest der Völker in Altenburg. Ein halbes Jahr vorher bekam man kurzfristig Angst und fürchtete sich, wie gehen wir damit um, es wurde eine Netzwerkstelle geschaffen. Nachdem das Fest der Völker vorbei war, ist keine Finanzierung für diese halbe Netzwerkstelle da gewesen. Das mag unterschiedliche Gründe haben. Aber lassen Sie uns wirklich versuchen, den Kommunen auch nachhaltig Unterstützung hier zu geben und eben nicht nur ad hoc solche Stellen zu schaffen.

Der fünfte Punkt: Verhindern Sie, dass Thüringen sich anschließt und diese Antiextremismuserklärung deutlich hier noch einmal postuliert wird. Thüringen darf dieser Extremismusklausel auf Bundesebene nicht zustimmen. Das muss deutlich werden und kann ich nur noch einmal unterstreichen. Was wir auch brauchen, ist eine ehrliche Bestandsaufnahme - sechster Punkt - der LAPs. Unabhängige Entscheidungsträger sind hier mit einzubeziehen und nicht dem Gustus der Akteure vor Ort zu überlassen.

Zum Schluss lassen Sie mich ausdrücklich noch einmal sagen, dass gerade heute anlässlich der Eröffnung des Gedenkort Topf & Söhne wir einen Zeitpunkt haben, ein Ausrufezeichen, einen Anlass, noch einmal zu zeigen, wie weit diese menschenverachtende Ideologie der NS-Zeit gehen kann, wie weit Verbrechen reichen. Lassen Sie uns heute diesen Tag zum Anlass nehmen zu sagen, das Landesprogramm ist ein Startpunkt. Wir wollen es weiterentwickeln, gemeinsam weiterentwickeln und daran auch konsequent weiterarbeiten.

Vielen Dank.